

Presseinformation 90-19

Bauern sollen handeln statt protestieren

Anstatt nur öffentlich zu demonstrieren, sollen Landwirte bei der Lösung der von ihnen verursachten Umweltprobleme mitwirken

Hilpoltstein, 25.11.2019 – Für den 26. November hat die bäuerliche Initiative „Land schafft Verbindung“ zu einer Traktoren-Sternfahrt nach Berlin aufgerufen, um gegen die aktuelle Agrarpolitik zu demonstrieren. In diesem Zusammenhang sollen auch in Bayern Demonstrationsveranstaltungen stattfinden. Ziel der anhaltenden Protestaktionen der Landwirte sei ein ernsthafter Dialog über die Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft. „Doch anstatt seit Wochen über fehlende Anerkennung in der Gesellschaft öffentlich zu jammern, sollte sich die bayerische Landwirtschaft lieber konstruktiv an der Umsetzung der Ziele des Volksbegehrens Artenvielfalt „Rettet die Bienen!“ beteiligen“, so Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des LBV. Die Mehrheit der Bayern möchte mehr Artenschutz und das gilt es von allen Beteiligten anzuerkennen. „Die konventionellen Landwirte sollen endlich aufhören, die vorhandenen Probleme zu leugnen: dramatischer Artenschwund auf Äckern und Wiesen, die zu hohen Nitratwerten im Grundwasser und die negativen Auswirkungen von Pestiziden und Monokulturen“, fordert Schäffer. „Ein weiter wie bisher kann es nicht geben, damit die Biologische Vielfalt und die Bauern überleben“, betont der LBV-Vorsitzende.

Schon seit einigen Monaten versuchen bayerische Landwirte mit Aktionen wie dem Aufstellen von grünen Kreuzen, Sternfahrten oder dem Anzweifeln des Erfolgs von „Rettet die Bienen!“ das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte Bayerns auszuhebeln. „Mit dem Volksbegehren und dem Begleitgesetz wird ausdrücklich die bäuerliche Landwirtschaft unterstützt“, erklärt Schäffer. Aus Sicht des LBV werden die Ziele des Volksbegehrens nur gemeinsam mit den Bauern erreicht. „Wir wollen den Artenschutz und zugleich eine bessere Vergütung für die Landwirte endlich zusammenbringen. So wird die Staatsregierung neue Förderprogramme, Ausgleichszahlungen und Unterstützung bei der Vermarktung ökologischer Produkte anbieten müssen“, so der LBV-Vorsitzende. „Das seit 1. August gültige neue Naturschutzgesetz sorgt somit für einen gesetzlichen Rahmen, von dem auch die Landwirtschaft profitiert. Wir sind offen für einen konstruktiven Dialog mit den Landwirten.“

In der Europäischen Union werden jährlich 58 Milliarden Euro für Agrarsubventionen ausgegeben. Das sind 114 Euro pro EU-Bürger. Doch nur ein Bruchteil davon fließt an Landwirte für naturverträgliche Maßnahmen. Der Großteil der Subventionen belohnt die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft und beschleunigt so das Vogel- und Insektensterben. Die Gesellschaft hat daher ein Recht, Einfluss auf die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen zu nehmen. Über 18 Prozent der bayerischen Wahlberechtigten haben diesem eindeutigen Wunsch im Volksbegehren Ausdruck verliehen.

Landwirte, die Leistungen für das Gemeinwohl bringen, sollen nun noch stärker gefördert und die Umstellung auf ökologischen Landbau muss noch intensiver unterstützt werden. Diese Auswirkungen des Volksbegehrens sind eine echte Chance und wirtschaftliche Perspektive für Bayerns Landwirte. Besonders kleine und mittelständische Betriebe, die im Vertragsnaturschutz mitarbeiten oder auf Ökolandbau umstellen, werden profitieren“, sagt der LBV-Vorsitzende Dr. Norbert Schäffer.

Ihre Ansprechpartnerin für weitere Informationen:

Für Rückfragen LBV-Pressestelle:

Markus Erlwein | Sonja Dölfel, E-Mail: presse@lbv.de, Tel.: 09174/4775-7180 | -7184. Mobil: 0172-6873773.

Möchten Sie keine Pressemitteilungen von uns mehr erhalten, schreiben Sie bitte eine kurze E-Mail an presse@lbv.de.